

Ercheint täglich
nachmittags mit Ausnahme
der Sonntage und Feiertage.

Abonnementspreise
monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.
jährlich 100 Pf.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. inkl. Postgebühren.

Die neue Welt
(Anzeigenscheinblatt),
monatlich 10 Pf.

Verantwortl. Redakteur:
Redaktion: Nr. 888,
Geleitstr. Nr. 1047,
Telegraphen-Bureau,
Postkolonial Halle/Saale.



Insertionsgebühr
besteht für die 6 Spalten
beständig über den Raum
20 Pfennig.
Für ausserhalbige Anzeigen
25 Pfennig.
Für rezeptionslose Letzt
kosten die Seite 75 Pfennig.

Interate
für die ständige Nummer
müssen bei den Anzeigen
mit Angabe des
Kapitalisten angegeben
sein.

Eingetragen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schmeinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/1 Uhr mittags.

Der Gewerkschaftskongress.

Gleich seinen Vorgängern bedeutet auch der Dresdner Gewerkschaftskongress einen wichtigen Meilenstein in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er stand im Zeichen eines geradezu glänzenden Aufschwungs, den die deutsche Gewerkschaftsbewegung im verflochtenen Jahre genommen hat. 400 Delegierte vertraten die imposante Zahl von 2376 896 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern; seit dem Jahre 1909 eine Mitgliederzunahme von 448,827. Der Vermögenstand der Gewerkschaften stieg im letzten Jahre von 43 1/2 auf 52 1/2 Mill. Mark. Und alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese erfreuliche Entwicklung weiter anhält und in kurzer Zeit die dritte Million Gewerkschaftsmittglieder erreicht sein wird.

So haben die deutschen Gewerkschaften heute bereits eine wirtschaftliche Macht, die bereits einmal herufen sein wird, eine geschichtliche Rolle von aussergewöhnlicher Bedeutung zu spielen.

Freilich zur Zeit wagt sich ja das schärfmaderische Unternehmertum noch immer in der törichten Hoffnung, daß sie die Macht eines Tages doch noch gänzlich vernichten oder doch zu völliger Ohnmacht und Einflusslosigkeit zwingen könnte. War es doch der Wunsch edler Schmaragdherren, der die Wäpste der Gewerkschaften sich durch eine Sonderausstellung an der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden zu beteiligen, bereitete. Beweist dieses Treiben der Schmaradherren auch, wie groß ihre Macht und ihr Einfluss auf die Regierungen noch ist, und daß es, wie Legien sehr richtig bemerkt, noch harter und längerer Kämpfe bedürftig ist, um sie zu miterben, erhebt dies Zeugnis nur über die Bedeutung des Dresdner Arbeiterparlaments. Waren doch die Verhandlungen und Arbeiten des Kongresses getragen von dem Bewußtsein, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung seit ihrem Bestehen große Aufgaben erfüllt hat und daß ihrer noch größere harrten!

Würden die beiden vorausgegangenen Kongresse, der Böhmische und der Hamburger, dem prinzipiellen Auseinandergehen bekehrte, so gab es diesmal keine grundsätzlichen Diskussionen.

In Köln war es der Generalkongress und in Hamburg die Arbeiter, die Erörterungen über prinzipielle und tatsächliche Fragen voranbrachten; den Dresdner Kongress beschäftigten vorwiegend nur Fragen sozialpolitischer Natur, und nur einmal, bei der Diskussion der zum Ausbaue der Gewerkschaftsschule gestellten Anfrage und bei Berührung der Lehrfrage ergaben sich einige Gegenstände prinzipieller Art. Daß die angeregte Vermischung von Partei- und Gewerkschaftsschule bei den verschiedenartigen Aufgaben, denen beide Institute jetzt dienen, heute noch nicht so ohne weiteres möglich ist, wird von berufener Seite in der Partei wie in den Gewerkschaften ausgedrückt und ist sowohl dem Genossen Schulz, dem Leiter der Parteischule, im Vorworts wie auch von der Genossin Rosa Bergemburg in einem Vorwort in der 2. U. Übergangens darzulegen worden. Den Vorurteilen, die Parteischule vor der Gewerkschaftsschule besitzt, hat man sich ja auch auf dem Gewerkschaftskongress nicht verziehen können, und eine Vereinigung beider Schulen in absehbarer Zeit liegt durchaus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit. Nur werden es dann wahrscheinlich die Gewerkschaften sein, die ihre Auffassung von dem Zweck der Parteischule ändern müssen, und nicht die Partei. Solange man aber hier der Meinung bleibt, daß Leute wie Calber und Verward die beruflichen Lehrer für Gewerkschaftsschulen sind, ist solche Fassung freilich nur gering. Und wenn Genossin Legien die gegen die Calberische und Verwardische Schulaufstellungen erhobenen berechtigten Einwände mit der Bemerkung abtun wollte: „Wollen Sie etwa unseren Ingenieure, Professor Sommerfeld, zum Eintritt in die Sozialdemokratie zwingen?“ so hat er damit der Sache wenig gehiebt und höchstens der liberalen Presse eine Freude bereitet, der sie ja auch überhoben Ausdruck gegeben hat!

Gerade der Umstand, daß die liberale Presse von den Verhandlungen des Kongresses so sehr befriedigt ist und darin einen Sieg der „praktischen Politiker“ über die „Modifikanstis“ erblickt, sollte zu bedenken geben. Wenn praktische Bewegungen, durch die das revolutionäre Empfinden und das Selbstbewußtsein der Arbeiter geschwächt werden, sind immer befriedigend und haben letzten Endes den Klasseninteressen der Arbeiter mehr als sie nützen. Von solcher Gesichtspunkte aus hat sich der Kongress in seinen Verhandlungen und Beschlüssen nicht immer leiten lassen, obgleich namentlich verschiedene Vorgänge der letzten Zeit in der Reichspolitik gezeigt haben, daß zuletzt doch die realen Machtverhältnisse entscheidend sind. Alle die Verschlechterungen und Enttarnungen, die die Welt der neuen Reichsversicherungsordnung bringt (Wand des so wichtigen Selbstbewußtseins der Arbeiter), hat sich die Arbeiterklasse ruhig gefallen lassen. Und noch für neue rechte Anführer Regierung und herrschende Parteien in Preußen-Deutschland gegen die Klassenbewußte, und namentlich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse vorbereiten, hat ja der Genosse Reichmann Dr. Heinemann-Merlin auf dem Kongress in seinem vorzüglichem, tiefgründigen Referat: Das Koalitionsrecht und der Wertentwurf zu einem neuen deutschen Strafgesetzbuch so überaus beweiskräftig dargelegt. Wird der sogenannte Grepprepperparagraf in der beschriebenen Form verfaßt

und erweitert und werden die vorgezeichneten §§ 240 und 241 Gesetz, so ist das Koalitionsrecht der Arbeiter schwer bedroht und die Koalitionsfreiheit so gut wie aufgehoben und hinter dem organisierten Arbeiter lauert das drohende Schwert des Justizhais!

Daß diese schmerzigen Klagen unter allen Umständen und mit den äußersten Mitteln abgemehrt werden müssen, darüber war sich der Kongress ebenso einig, wie in dem Bewußtsein, daß es hierzu des Aufgebots aller Kräfte bedarf. Es liegt im ureigenen Interesse der Gewerkschaften, bei den kommenden Reichstagswahlen mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die reaktionäre Mehrheit des gegenwärtigen Reichstags gesprengt und durch sozialdemokratische Abgeordnete ersetzt wird. In diesem Sinne flangen auch die trefflichen Ausführungen des Genossen Heinemann aus und der Kongress sollte ihm hülfreiche Zustimmung namentlich Schmidt (Landarbeiter) und Paul Müller, der Vorsitzende der Seelenorganisation, durch erdrückendes Material den Beweis, daß diesen beiden Arbeiterkategorien heute schon die Ausübung des Koalitionsrechts illusorisch gemacht wird.

Wie Genosse Heinemann in seiner bedeutenden Rede über das Koalitionsrecht die Rechtsverhältnisse der Arbeiter treffend beleuchtete, so Robert Schmidt in seinem Referat: Arbeitergesetzgebung und Arbeiterversicherung, und Paul Imbrecht in seinen Darlegungen über: Arbeitsnachweise und Arbeitslosenunterstützung die soziale Lage der Arbeiterklasse. Deutschland tut sich immer soviel zugute auf seine vierjährige Sozialpolitik, aber wachsende Mühe und Arbeit hat es nicht gelotet, bevor endlich der sehnlichste Arbeitstag für die Frauen gesetzlich festgelegt wurde.

Ein Recht auf Arbeit muß erst noch erkämpft werden. Wenn heute der Arbeiter alt und nicht mehr genügend ausbeutungsfähig ist, dann wird er auch Unternehmern rücksichtslos auf die Straße gemorren und in vielen Fällen auf Armenunterstützung angewiesen. In der Schwere der Arbeit werden überdies die alten Arbeiter nicht mehr angenommen. Die neue Reichsversicherungsordnung hat den Wächterinnenstand auf dem Lande vermindert, und speist die Witwen und Waisen mit ein paar lumpigen Mark ab. Von einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge haben wir noch nicht einmal die Anfänge, und doch wäre es Pflicht des Staates, der Gesellschaft, für seine arbeitslosen Mitglieder zu sorgen. Was aber sehen wir? Durch die famose Reichsfinanzreform wurden Tausende von Lohn- und Hilfsarbeitern arbeitslos gemacht, in Ost und West gestreut. Der Gewerkschaftskongress hat deshalb auch mit Nachdruck gefordert, daß der Staat der Arbeitslosenfürsorge größere Aufmerksamkeit zuwenden und die Lösung dieser Frage in Verbindung mit den Gewerkschaften in Angriff nimmt. Er hat weiter die Einführung paritätischer Arbeiterkassenweise verlangt, da die Unternehmerkassen nachweise nichts anderes sind als Kontrollstationen für die Befragung der Arbeiter. Wie da mit schwarzen Listen gearbeitet und Hunderte von Arbeitern schwarz gemacht und gestrichelt werden, dafür konnte Cohen in der Diskussion ein Beispiel vom Reichsanzeiger der Mannheimer Nachrichten anführen.

Erfreuliche Zustände hefte Reichmann-Gremm in seinem Referat über Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz auf, und in der anschließenden Diskussion wurden die durch zahlreiche traurige Beispiele ergänt. Wenn die Unternehmer alles daransetzen, um das Heimarbeiterschutz in seiner ganzen grauigen Wahrheit von der internationalen Hygieneausstellung fernzubalzen, so ist das von ihrem kapitalistischen Standpunkte aus wohl zu verstehen. Auch hier forderte der Kongress mitdringenden geschlichen Schutz der Heimarbeitenden. So hat man er, gestrichelt die Forderung der Wächterinnen, und für die Abtragung und Genusmittelverbrände gänzliches Verbot der Heimarbeit.

Indessen wird man gut tun, bei allen diesen Forderungen sich mehr auf die eigene Kraft als auf die Hilfe von Staat und Gesetzgebung zu verlassen; denn die herrschenden Klassen machen dem Proletariat nur die Zugeländnisse, die es Macht genug hat, durchzusetzen! Der Bescheid letzter Schluss ist auch hier: das Recht auf Arbeit und Einfluss zu gewinnen, dessen es bedarf, um die entgegenstehenden Widerstände und Gewalttaten zu brechen.

Einen praktischen Ausdruck fand diese Erkenntnis in dem Beschlusse des Kongresses, unter dem Namen Volksfürsorge eine gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Unterstützungs-kasse ins Leben zu rufen. Wenn man weiß, wie Genosse Bauer in seinem eingehenden Referat über diesen Gegenstand darlegte, welche enormen Gewinne die Aktionäre und Direktoren der verschiedenen Versicherungsgesellschaften einbringen — Einmenen, die zum großen Teil auch von Arbeitern ausgebracht werden — so hat die Gründung der gewerkschaftlich-gewerkschaftlichen Volksfürsorge entschieden etwas für sich. Die Millionen, die die Arbeiterkraft in ihre eigene Unterstützungskasse zahlt, die bei weitem nicht so hohe Verwaltungskosten verschlingen wird, wie die privaten Versicherungsgesellschaften, kann sie für ihre sozialen Kämpfe viel besser und nützlicher verwenden. Nur ist hier die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß mit der Vermehrung von Unterstützungsvereinigungen wieder ein Stück vom Klassenkampfcharakter der Gewerkschaft verloren geht. Inwiefern wollen wir gern hoffen, daß diese unsere Bedenken grundlos

sein möchten; ob sie begründet oder unbegründet sind, das wird erst die Zukunft lehren!

Der Schmaradherrengefell hat die Gründung der Volksfürsorge absolut nicht. Sie erblicken darin mit Recht eine bedauerliche Zersplitterung der Macht der Gewerkschaften und ziehen dem Staat zum Eingreifen auf. So fesselt die reaktionär-schmaradherische Post in einer Betrachtung über den Gewerkschaftskongress u. a.:

„Der Staat wird hier ein sehr dringendes Interesse haben, zu verhindern, daß die Gelder dieser Volksversicherung für die Verwirklichung sozialdemokratischer Führer dinstelle Rolle spielen kann, wie sie bisher die Krankenversicherungen gespielt haben. Sehr zu überlegen wäre deshalb, ob nicht die Reichsregierung eine freiwillige Volksversicherung, wie sie hier geplant ist, überhaupt in die Hand nehmen sollte.“

Wie die verzerrten Ausführungen der Post wieder zeigen, wissen die Feinde der Arbeiterbewegung recht wohl, was sie wollen... Nur hat die Arbeiterklasse keine die Mittel, um schließlich auch die letzten reaktionären Pläne und Absichten der Volksfürsorge zu verhindern.

Wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die von ihren Unterdrückern und Ausbeutern noch ausgedehnten ausbeutenden Kämpfe besser zu fühlen und zu rufen, hat sich der Kongress auch in eingehender Weise mit dem Ausbaue des Bildungs- und Bibliothekwesens in den Gewerkschaften befaßt. Ueber die in dieser Frage angenommenen Beschlüsse herrscht erfreulicherweise, wie der Genosse Schulz als Leiter des Bildungsausschusses der Partei erklären konnte, volle Übereinstimmung zwischen den leitenden Instanzen von Partei und Gewerkschaft.

Wenn wir unsere Betrachtungen über den Kongress und seine Bedeutung zusammenfassen, so läßt sich sagen: er hat seine Verhandlungen und Beschlüsse ein wichtiges und für die Arbeiterbewegung wertvolles Stück Arbeit geleistet. Und so konnte auch der Vorsitzende Schmidt in seinem Schlusswort mit einer gewissen Berechtigung sagen: „Dieser Kongress gehört zu den besten, die wir erlebt haben.“ Nun gilt es, seine Beschlüsse in die lebendige Tat umzusetzen: den Arbeitern zu Puz, ihren Feinden zum Trau!

Das Marokko-Abenteuer.

Neue Verhängung des deutsch-französischen Marokkostreits.

Während sich das preussische Volk zum neuen Kampfe gegen die Dreifaltigkeitsherrschaft rufen, auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Ereignisse eingetreten, die zu gespanntester Aufmerksamkeit nötigen und an die Schlagfertigkeit des internationalen Proletariats vielleicht nicht die höchsten Anforderungen stellen werden. Die deutsche Diplomatie ist, wenn auch vorläufig nur mit bescheidenen Mitteln, in einen Versuch eingetreten, sich in Marokko politisch festzusetzen, und hat damit ein Abenteuer begonnen, dessen Ende nicht abzusehen ist. Möglich ist, daß die Sache durch weise Beschränkung und völligen Wiedergang einmagermaßen glimpflich endet, nicht unvorhersehbar ist, daß sie zu neuen diplomatischen Zwischenfällen Deutschlands führt, aber selbst die Gefahr einer ernsthaften europäischen Verwicklung kann jetzt nicht mehr als ganz ausgeschlossen betrachtet werden.

Die Nordd. Allgem. Zeitung meldet: Die im Süden Marokkos interfeerierten deutschen Firmen haben die laizistische Regierung unter Hinweis auf die Gefahren, die angeht die Möglichkeit des Lebergreifens der in anderen Teilen Marokkos herrschenden Unruhen den dortigen gewichtigen deutschen Interessen drohen, um Wahrgeln zur Sicherung von Leben und Eigentum der Deutschen und deutschen Schiffsbesitzer in jenen Gebieten geboten. Die laizistische Regierung hat zu diesem Zwecke zunächst die Entsendung von S. M. S. Pantheer, das sich in der Nähe befand, nach dem Hafen von Agadir beschlossen und dies den Mächten angezeigt. Den in jenen Gebieten maßgebenden Marokkanern ist gleichzeitig mitgeteilt worden, daß mit dem Erscheinen des deutschen Kriegsschiffes in dem Hafen keinerlei unfreundliche Absichten gegen Marokko oder seine Bewohner verbunden ist.

Diese diplomatische Note, die den verhängnisvollen Schritt der deutschen Regierung ankündigt, steht voll von Widersprüchen und Unklarheiten. Erstens gibt es in der Hafenstadt von Agadir keine Unruhen, zweitens könnte ein im Hafen liegendes deutsches Kanonenboot mit 150 Mann Besatzung dem im Innern des Landes tätigen Deutschen verdammt wenig nützen. Die Gefahr von Unruhen und der Schutz der Deutschen ist weiter nicht als ein durchsichtiger Vorwand für eine diplomatische Aktion, die ihre Spitze gegen Frankreich richtet. Die Festsetzung der Franzosen im Norden und Nordosten des Landes beantwortet die Berliner Diplomatie, indem sie mit einer deutschen Festsetzung gleichgesetzt wird. Die Festsetzung ist ja an sich so einfach wie möglich. Das haben die Franzosen meistens vorgemacht.

„Zunächst“ scheidet man ein Kanonenboot, dann kommen Zuchthäuser, es gibt eine Schlägerei, man landet, um Ruhe zu stiften, demnach dadurch die Weiberchen, scheidet sich genötigt, die nationale Flagge zu schwenken und ehe man sich verzieht, steht das ganze Land in hellem Aufbruch. Wenigstens melden das so die offiziellen Zeitungen, in der Nähe sieht die Sache jumeist weit friedlicher aus. Aber der Vorwand ist gegeben, um eine große militärische Expedition auszurufen und das Land zu pacifizieren. Man tut das unter heiligen Schreien, die Souveränität des Südens achten und den Plünderer halbwegs anzuhalten, doch erheben sich Anführer auf Entschädigungen, wofür man ein Stück Land — natürlich ohne Eroberungsabsicht! — als Pfand bietet, und so geht es fort, bis im letzten afrikanischen Dorf ein europäischer Gouverneur, ohne jede Eroberungsabsicht, die unumschränkte Herrschaft führt.

So treibt es Frankreich in Marokko jahrelang, aber ist das ein Grund für Deutschland, es ebenso zu treiben? Und besteht die Möglichkeit einer deutschen Vorkriegszeit im Süden Marokkos, ohne daß durch Verschärfung der inneren europäischen Spannungen, durch unwillkürliche Grenzveränderungen einer künftigen Kriegszustand, der auf beiden Seiten besteht, als die politische Vorbereitung einer marokkanischen Revolution wird? Durch das Vorgehen Deutschlands in Marokko wird zunächst schon das deutsch-französische Abkommen vom 9. Februar 1909 gefährdet, das Frankreich in Marokko freie Hand gewährt unter der Bedingung, daß Deutschland wirtschaftliche Aktionsfreiheit nicht bestränkt werden soll. Ueber den Inhalt dieses Abkommens führte Fürst Wilow am 29. März 1910 im Reichstage aus:

Diese Vereinbarung sichert Frankreich, als dem höher zivilisierten Nachbarlande Marokkos, das an der Erhaltung von Ruhe und Ordnung besonders interessiert ist, einen nicht unbedeutenden politischen Einfluß. . . . Sollten wir wirklich darauf ausgehen, in einem solchen, wo wir keine politischen Interessen haben und solche Interessen, niemals verfolgt haben, Frankreich, das dort natürliche und sehr berechtigte Interessen hat, Schwierigkeiten zu bereiten.

Frankreichs Politik in Marokko ist sicher nicht moralisch, aber sie ist Deutschland gegenüber durch das Abkommen von 1909 gebunden, und das Kanonenboot Kanther geht wohl auch nicht nach Agadir, um dort Moral zu predigen. Die Verletzung eines getroffenen Abkommens, die mit der Entsendung des deutschen Kriegsschiffes nicht ausgeführt, so doch offen angedroht wird, ist auch nicht moralisch. In puncto Ehrlichkeit werden die Diplomaten von beiden und drücken einander wenig vorzuerkennen haben. Der Unterschied ist nur der, daß Frankreich seine länderverhüllenden Ziele konsequent verfolgt, während der deutsche Botschafter seit der unglücklichen Zangenfahrt von 1909 jeden Augenblick neue Wege wankelt.

Man darf nur hoffen, und man muß es energisch fordern, daß auch diese neueste Episode eines solchen Mißschicks fände, daß der Boden des Abkommens von 1909 zurückgenommen und in Zukunft nicht wieder verlassen wird. Wohin wir sonst treiben könnten, zeigt das geradezu verwerfliche Verhalten der deutschen Presse, die zur Okkupation des Landes zum marokkanischen Südwertem auffordert, zeigt vor allem das Verschalten des Organs der Kriegsfabrikanten, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, das die Frechheit besitzt, folgendes zu schreiben:

Es wird wie ein jubelndes Aufstöhnen durch unser Volk gehen, endlich eine Tat, eine befriedigende Tat! Sie war dringend notwendig. Die Franzosen haben sich nicht um das Staiferwort, nicht um die Verträge gekümmert. Sie haben eine Herausforderung an die andre gerichtet, sie haben die Verträge hoch gerissen, sie schieden sich an, das reiche nordwestafrikanische Land sich vollends anzueignen, über unsere berechtigten Interessen hinweg. Gut! Des Weges, den sie gingen, können wir uns nicht. Wenn sie sich unterlassen, in Marokko „Ordnung zu stiften“, können wir das gleiche tun. Der Agadir ist nicht ein deutsches Kriegsschiff, die Verhandlung mit uns steht ihnen noch frei. Wollen sie nicht, dann mag der Kanther die Wirkung der Emire Depische haben.

Die Morbidität leuchtet dieser Frechheit aus den Augen. Aber ihr Verhalten darf betrügt werden als eine rechtzeitige Warnung an das arbeitende Volk, seine Augen offen zu halten und bereit zu sein. Mag der Marokkofreitag entscheiden werden wie immer, er darf nicht zum Anlaß werden, daß die beiden größten Kulturvölker Europas, vierzig Millionen dort, fünfundsiebzig Millionen hier, wie Maubriere übereinander herfallen. Die hundertaufende deutscher Arbeiter, die sich in diesen Tagen zusammenfinden, um gegen die Schmach der inneren Zustände zu protestieren, grüßen das Proletariat der fran-

zösischen Republik und wissen sich mit ihm einig in dem Verstreben, den Frieden zwischen den beiden Staaten unerfüllbar zu besetzen. Alle Machtentfesslungen diplomaten und verwerflicher Bestrafungen sollen einen unübersteigbaren Damm finden am Friedenswillen der Völker!

Die Wirkung des deutschen Vorgehens in Frankreich.

Paris, 2. Juli. Am auswärtigen Amte herrschte gestern großer Aufregung, als bekannt wurde, daß der deutsche Botschafter bezüglich Marokko beim neuen Minister des Auswärtigen, de Seles, unternommen habe. Die Minister konferierten über eine Stunde. Darauf wurde eine Note an die Presse gerichtet des Inhalts, daß die Intervention der deutschen Regierung nicht zur Beunruhigung angetan ist. Frankreich, heißt es in der Note, wolle die vertaglichen Verpflichtungen in Marokko nicht erfüllen ohne fremde Intervention. Der deutsche Standpunkt, sofern er heute bekannt ist, dürfte nur die Rängelein besitzigen. — In französischen Kolonialkreisen ist man der Ansicht, daß Deutschland durch sein jetziges Vorgehen in Marokko eine anatome (zerstörerische) Politik beginne, wobei es sich allem Anscheine nach auf die französische Verpflichtung bezüglich der Räumung von Fez und Meknes stützen werde. Diese Räumung war bekanntlich für den 15. August versprochen worden und dürfte nunmehr vertagt werden, um so mehr, als auch spanischerseits ein neues Vorgehen auf Wunsch Auslands geplant zu sein scheint. Wie dem auch sein möge, so heißt es in kolonialen Kreisen, das neue Vorgehen Deutschlands in Marokko sei nicht angetan, die Lage aufzuklären, und in politischen Kreisen frage man sich, welches die Haltung Englands sein wird. Trotz der beruhigenden Versicherungen des Quatuor-Origi herrscht eine große Aufregung und man erwartet mit großer Spannung die weitere Entwicklung der Lage.

Paris, 2. Juli. Journal veröffentlicht folgendes Telegramm aus Tanger: Die Nachricht über den Entschluß der deutschen Regierung betr. die Entsendung des Kanonenbootes Kanther nach Agadir verurteilt in Tanger große Aufregung und unkontrollierbare Kommentare werden angestellt. Die Mitglieder der spanischen Kolonie behaupten ferner, daß Deutschland im Grenzgebiet mit Spanien 4000 Mann nach Marokko entsenden werde. (1) Es verlautet sogar, daß die deutsche Landung bereits Tatsache sei und daß der deutsche Gesandte gestern im Laufe des Tages dem marokkanischen Minister des Äußeren einen Besuch abstatte, um ihm die deutsche Intervention zur Kenntnis zu bringen.

Madrid, 2. Juli. Hier wird amtlich mitgeteilt, daß 500 deutsche Marineoldaten tatsächlich in Agadir gelandet sind.

Rom, 3. Juli. Der deutsche Schritt in Marokko wird hier durchaus ruhig aufgefaßt, doch herrscht die Meinung vor, Deutschland werde Agadir dauernd besetzen. — Das kann stimmen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 3. Juli 1911.

Vor den Wahlrechtsverfassungen.

Eine Regierungserklärung zur Wahlrechtsfrage.

Die preussische Regierung, die vor der Wahlrechtsdebatte im Dreiklassenhaus einfach davonliefe, hat jetzt, vor den sozialdemokratischen Wahlrechtsverfassungen, doch wieder die Sprache gefunden, um ihre Stellung zur Wahlrechtsfrage zu präzisieren. Neues erfährt man freilich nicht aus der gewöhnlichen offiziellen Erklärung, die die halbtägliche Nordd. Allgem. Ztg. veröffentlicht und die folgendermaßen lautet:

Zu heftigen Debatten gab am Tage vor dem Schluß des Landtags der freisinnig-sozialdemokratische Antrag wegen des Wahlrechts Anlaß. Auch wenn jeder Antrag nach dem Wunsch der Antragsteller bereits zu Beginn der Session zur Verhandlung gekommen wäre, bezweifeln wir, daß er die erhoffte Aktion der Regierung zur Folge gehabt hätte. Denn in den Voraussetzungen für das Gelingen einer solchen Aktion hat sich seit dem Scheitern des früheren Reformversuchs nichts geändert. Ein sachlicher Erfolg war von dem Antrag nicht zu erwarten. Durch die Abstimmungen, auch wenn sie zum Teil taktischer Natur waren, wurde wieder nur nach der negativen Seite festgestellt, daß die Abgrenzung der Wahl-

kreise nach der Bevölkerungsmaß die Übertragung des Reichstagswahlrechts und dabei insbesondere die Einführung des gleichen Wahlrechts von der Mehrheit des Abgeordnetenhaus abgelehnt wurden. In den jetzigen Verhandlungen hat sich die Regierung entsprechend der Haltung, die sie bei Initiativanträgen grundsätzlich einnimmt, nicht beteiligt.

Zu heftigen Debatten gab am Tage vor dem Schluß des Reichstages und verschiedentlich ist eine Verschärfung der Stellung zur elfsaß-lothringischen Verfassungsreform verändert habe. Die Antwort darauf hat der Reichstagsleiter im Reichstage bei Einführung der reichsständigen Verfassungsgesetze gegeben. Der Reichstagsleiter hat damals ausgeführt, daß die Ordnung des Wahlrechts in einem Bundesrat über im Reichstag völlig unerblicklich ist für die Gestaltung des preussischen Wahlrechts. So wenig für elfsaß-lothringische die Einführung des dort historisch unbelasteten und mit seiner Steuerverfassung unvereinbaren preussischen Mehrheitswahlrechts in Frage kommen konnte, so wenig kann jetzt die Rede davon sein, das preussische Wahlrecht nach dem reichsständigen Muster zu reformieren. Derartige Konsequenzen kann nur geben, wer das Wahlrecht für einen Gegenstand hält, der nach theoretischen und schematischen Dogmen zu regeln ist."

Wenn die Regierung meint, daß sich durch die Erringung des gleichen Wahlrechts in elfsaß-lothringischen für Preußen gar nichts geändert habe, so ist sie doch stark im Irrtum. Denn genau dieselben Deklamationen, wie die offiziöse Presse jetzt gegen die Forderung des gleichen Rechts für Preußen losläßt, richtete sie noch vor wenigen Wochen gegen dieselbe Forderung für elfsaß-lothringische. Trotzdem stimmte die preussische Regierung bei der Verabschiedung der elfsaß-lothringischen Verfassungsvorlage im Bundesrat für das gleiche Wahlrecht, und sie tat es, weil sie mußte, nicht weil sie wollte, sie tat es, obgleich sie die Rückwirkung auf Preußen voraussetzte. Sie handelte so, weil sie nicht anders konnte.

Was kommt darauf an, die Regierung bei der Erbringung der preussischen Wahlrechtsfrage in dieselbe Zwangslage zu versetzen, in der sie sich bei der Beratung der elfsaß-lothringischen Verfassung befunden hat. Dazu müßte, angelehnt an die Größe des Objekts, parlamentarische Mäner nicht ausreichen. Aber welche Mittel auch angewendet werden, der Zweck bleibt derselbe und der geht dahin, die Regierung zu zwingen. Was sind Regierungserklärungen gegenüber einer großen Volksbewegung? Ein Stückchen Papier im reichenden Strom! Schon andere Dinge sind in diesem Strom abgesehswommen. Alles, was die Regierung jetzt zur Wahlrechtsfrage erklärt, hat nur den Wert eines historischen Dokuments zur Erhaltung der Wahrheit, daß der Wille der sich einbar Mächtigen gegen notwendige Entwicklungen schmachtmäßig ist. In der Wahlrechtsbewegung redet eine neue Macht ihre einbringliche Sprache. Ministererklärungen von heute sind nur noch ein Gesammel hilfloser Verlegenheit.

Öffentliche Gelder für die Wahlkreise.

Wir berichteten dieser Tage, so schreibt das W. Z., daß der Wahlrechtsausschuß des Deutschen Reichstages für den zum Freitag der Oberhaus-Sitzung am 2. Juli 1911, dem Reichstagswahlkreise Grimberg-Neuburg, Herr Voelt in Weuthen a. Ober, bei der Glogauer-Sagener Rückentums-Landschaft den Antrag gestellt habe, auch dem Deutschen Bauernbund und dem Bund der Landwirte 2000 Mark aus dem Glogauer landwirtschaftlichen Kreisfonds zu bewilligen. In der Motivierung dieses Antrages war ausdrücklich hervorgehoben, daß der Deutsche Bauernbund zwar die Verwendung solcher öffentlichen Gelder für politisch wirkende Verbände prinzipiell verwerfe; nachdem eine solche aber zugunsten des Bundes der Landwirte erfolgt sei, müßte Gleichberechtigung für alle die Interessen der Landwirtschaft betretenden Verbände gefordert werden, und in diesem speziellen Falle um so mehr, als ja ein erheblicher Teil

er dadurch gezwungen wird, seinen Abteilungsberuf aufzugeben, ehe er seinen ganzen Körper nachhaltig geschädigt hat. Liebrigens sind die Leiden der Athleten aus weit reichender Schärfe, wie jeder sich vorstellen kann, der einmal auch nur eine vorübergehende Zehnerrennung oder dergleichen gehabt hat. Dazu kommt noch, daß die Athleten sich mit ihrer Krankheit und Unfällen sehr häufig an Muskelverletzungen, die den Schaden nur noch schlimmer machen. Nur derartige Verletzungen, falls nicht Anodenbrüche damit verbunden sind, sind es immer noch besser, daß der beschädigte Muskel sich selbst überlassen, als daß er in eine laubige Behandlung genommen wird. Es braucht nicht bei den Athleten nicht immer eine Ziererei haben zu zurückzubleiben. Im übrigen leiden die Athleten gewöhnlich an Überanstrengung des Organs und ihren Folgen, ferner vielfach an der Niere und aus deren ungenügender Tätigkeit entpringender Eingehüllveränderung. Athletische Ausübungen ohne vorrichtige Erhellung wird unter allen Umständen als gefährlich zu bezeichnen, besonders in einem Alter, in dem das Wachstum noch nicht abgeschlossen ist.

Die Welt, in der man reist.

Das Reisen kommt immer mehr in Übung. Immer größer wird der Strom der „Reisenden“, der sich alljährlich nach landschaftlich schönen Gegenden und nach den Großstädten richtet. Wer es einigermassen ermöglichen kann, schürt im Hochsommer sein Bündel und zieht sich irgendwo die Welt an. Wie so vieles, ist auch der Fremdenverkehr statistisch erfaßt worden. Die höchsten Zähler von 25 deutschen Städten haben im Jahre 1910 zum ersten Male den Versuch gemacht, verlässliche Zahlen ihres Fremdenverkehrs zusammenzustellen. Diese 25 Städte sind nur Großstädte; die Erhebungen erstrecken sich auf mehrere Jahre. Danach kamen jährlich auf je 100 Einwohner 7 bis 10 Fremde in den Städten Dresden, München, Dortmund, Köln, Hannover, Mannheim, Wiesbaden und Straßburg, 50 bis 75 Fremde in Düsseldorf, Bremen, Halle, Berlin, Hamburg und Breslau, weniger als 50 Fremde in Leipzig, Elberfeld, Posen, Magdeburg, Barmen, Aachen und Charlottenburg.

Die Hauptreisezeit bilden die Monate Juni, Juli und August. Die Zahl der Fremden beträgt in den einzelnen Städten 4 bis 24 Prozent. Obenan stehen Großstädte wie Straßburg und Hamburg. Ingesamt find in den 25 Städten im Jahre 1910 rund 6 Millionen Fremde beherbergt worden. In Mainz, Wiesbaden und Freiburg überstieg die Zahl der Fremden die der Einwohner.

Kleines Feuilleton.

Das Seelenleben der Bourgeoisie.

In einer interessanten Studie über die Mechanisierung des Seelenlebens durch die heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse faßt Kurt Wolff im Tage: „Der heutige Mann (des Bürgertums)“, der seinen Gemüts, feinsten Charakters nachschärfen, nicht um das was das Haus, nur halb nach dem Kind und Frau, und seine sogenannten Freunde leitet es eben so gewöhnlich wie seine Arbeit, nur mit viel weniger Liebe und Genuß. Er läßt sich von seiner Eiselandschaft das Meiste und das Beste seines Lebens vorüberziehen; er er um 7 oder 8 Uhr abends zu Mittag läßt, ob er den Besüßler seiner Frau im Duell zu töten hat oder nicht, wie viel von Reiches Weltanschauung noch allenfalls zu tolerieren ist, welches Schauspiel er gesehen, welches Buch er zwar nicht gelesen haben, aber dem größten Inhalt nach kennen muß, ein wie großes oder kleines Maß von Christentum heute noch für einen Gentleman wünschenswert und nützlich ist, ob er alles weiß und alles erfordern kann. Man weiß es im Grunde auch nicht ganz genau, aber man weiß, was man getieren darf, und fällt nicht irgend eine autoritative oder allgemeine Muschiwahnung an der Meinungsbildung ein. Es ist, so sagt man, nach man getieren fange. Und ein Vorgehen hat dieses Man ebenfalls für den Besüßler: es schreibt ihm in allen Köpfen und dem Charakter des Seelenlebens auch deutlich vor, was er zu tun hat; sei es durch den Mund eines ehrwürdigen Lobhudelers oder durch den eines Ehrenrates. Es kann gar keinen besseren Beleg für die Wichtigkeit der materialistischen Gedächtnisauflösung geben!

Alkohol und Sterblichkeit.

Es ist eine leider längst nicht genügend bekannte Tatsache, daß jeder Genuß von Alkohol, auch der „mäßige“, auf die Gesundheit und damit auf die Lebensdauer unangenehm einwirkt. Das findet seine Bestätigung durch die Praxis der englischen Lebensversicherungsgesellschaften, die es alle weiß und alles erfordern einen Nachlass von 10 bis 15 Prozent auf ihre Versicherungsprämien gegenüber den Nichtalkoholtrinkern gewahren. Eine lange dauernde Beobachtung über die längere Lebensdauer der Alkoholtrinker, die allerdings auch in sonstiger Beziehung einer vernünftigen Lebensweise zu halten pflegen,

hat zu diesem Verhalten geführt. Nach den Veröffentlichungen der United Kingdom Temperance and General Provident Society, verhielt sich nämlich die Zahl der Todesfälle unter den Versicherten, wenn man die auf eine bestimmte Anzahl von Personen zu erwartenden Todesfälle gleich 100 setzt,

1869-1870	71	94
1871-1875	71	105
1876-1880	70	100
1881-1885	71	91
1886-1890	69	95
1891-1896	71	100
1896-1900	74	90

Durchschnittl. 1869-1900 71 96
In allen Perioden übersteigt die Zahl der Todesfälle bei den Nichtalkoholtrinkern die der Alkoholtrinker um ein Bedeutendes. Für die Lebensperiode ist das Verhältnis wie 96:71, d. h., wenn niemals Alkohol Genießenden haben ein Viertel weniger wie von den Nichtalkoholtrinkern. Auch wenn wir die Versicherten nach Altersstufen getrennt betrachten, finden wir diese Unterschiede. Nur das im jugendlichen Alter das Verhältnis weit größer ist als in den höheren Altersstufen. So haben im Alter von 0 bis 24 Jahren von je 100 Abtinenten 49, von den Nichtalkoholtrinkern 53, also beinahe doppelt so viel, im Alter von 25 bis 29 54 und 94, im Alter von 30 bis 34 Jahren 46 und 89. Dagegen im Alter von 65 bis 69 Jahren: 42,6 und 51,1 und im Alter von 70 bis 74 Jahren 62,6 und 72,5.

Athletische Krankeheiten.

Leute, die sich wegen einer außerordentlichen Ausbildung ihrer Muskulatur in Ringelkämpfen oder anderen athletischen Vorübungen anstrengen, werden in der Regel in verhältnismäßig jungen Jahren. Das erklärt auf den ersten Blick wie ein Muskelverbruch, aber es liegt sich auch wohl ohne weiteres denken, daß gerade diese übermäßige Entwicklung der Muskeln die Lebenskraft vorzeitig aufzehrt. Einen genaueren Einblick in diesen Zusammenhang gewähren die Erfahrungen und Untersuchungen der Ärzte, deren einer darüber vor der Londoner Medizinischen Gesellschaft gesprochen hat. Der erste Stelle liege natürlich die Krankeheiten, die durch Überanstrengung der Muskeln, Sehnen und Bänder hervorgerufen werden, und in dieser Hinsicht sind wiederum vorzugsweise die Gelenke anfällig. Es kann hier bis zu Zerreißungen kommen, die dann die Heilung insofern für die Patienten günstig sind, als

der Landwirtschaftsmittel überhaupt erst von den Mitgliedern des Deutschen Bauernbundes aufgebracht werde. Man konnte auf die Antwort der Oligo-Socianer Fortschrittlandschaft immerhin gespannt sein. Sie ist unter dem Juni ergangen und lautet:

„Auf Ihren Antrag vom 21. dieses Monats die Erwiderung, daß die Landwirtschaft politischen Vereinen keine Unterstützung gewährt. Die Anlagen Ihres Antrages folgen anbei zurück.“

Die Sache wird immer größerer. Erst leugnete man auf agrarischer Seite den öffentlich-rechtlichen Charakter der Oligo-Socianer Landwirtschaftsvereine ab; nun aber behauptet man, daß politische Vereine nicht unterstützt würden, nachdem man eben die Wahlhilfe des Bundes der Landwirte mit 2000 Mark etwas aufgeführt hat. Ja, hält man denn den Bund der Landwirte für einen Staat und für ein Komitee zur Erregung von Wintereisen nach Berlin?

Der Bund des Bundes der Landwirte ist im § 1 seines Statuts dahin formuliert, „alle landwirtschaftlichen Interessenten, ohne Rücksicht auf politische Parteistellung und Größe des Besitzes zur Beförderung des landwirtschaftlichen Gebärdens Einflusses auf die Gesetzgebung zusammenzuschließen, um der Landwirtschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Beteiligung in den parlamentarischen Körperschaften zu verschaffen.“

Die öffentlichen Gelder dienen also zur politischen Agitation. Interessant ist, daß die Oligo-Socianer das alleinige Privilegium auch für diese Ausgaben haben. Die Gläubiger der agrarischen Herrschaft werden immer größer.

Die Wahlgelder des Bundes der Landwirte und die Schenkungssteuer.

Daß der Bund der Landwirte außer den regelmäßigen Beiträgen seiner Mitglieder erhebliche Summen für seinen Wahlfonds von verschiedenen Seiten erhält, ist selbstverständlich. So ist an der Tatsache weiter nichts aufzufassen, daß in der letzten Jahresabrechnung der Deutschen Tageszeitung der Posten von 20 000 M. steht, die dem Bunde der Landwirte zum Wahlfonds aus den Ueberflüssen des agrarischen Walfonds überwiesen worden sind. Freizeitmühe streifte hatten aber die Frage aufzuwerfen, ob jene 20 000 M. nicht der Schenkungssteuer unterliegen und den Reichsfinanzminister im Reichslande auch um eine präzise Auskunft hierüber ersucht. Wenn sich hat sich mit einer nichtigenden gebundenen Erklärung und in der Presse gleichmäßig die Diskussion über Wahlfondsunterstützung und Schenkungssteuer fort. Jetzt bringen die Berliner Politischen Blätter in der Sache eine auffällige Randbemerkung, aus der es hervorgeht, daß die Ueberflüsse, darüber, daß die Frage überhaupt angefaßt wurde. Die offizielle Randbemerkung schließt mit der Drohung, daß sie auch anderen Parteien an den Krügen zu gehen werde, wenn der Bund der Landwirte nicht ungeschoren bleiben könne.

Die Deutsche Tageszeitung befähigt, daß Erhebungen über die Steuerpflichtigkeit der Ueberflüsse zum Wahlfonds des Bundes der Landwirte gemacht werden, stellt sich aber während, daß angeblich die Behörde anderen Organisationen gegenüber bisher noch untätig geblieben ist. Sie verlangt, daß die Regierung den Verdad gestreut, daß sie etwa ihre pflichtmäßige Aufmerksamkeit in so besonderer Maße nur dem Bund der Landwirte zuzuwenden. Dieser Waff hat natürlich nur auf die ganz Summen wirken, denn der Beweis liegt zu viele vor, daß von jeder der Bund der Landwirte mit viel günstigerem Maße gemessen worden ist als jede andere politische Organisation.

„Nichter — feile Knechte.“

Wenn wir Sozialdemokraten mit gutem Grunde das Verhalten einer Klasse juristisch konstatieren, dann ist es gewöhnlich gerade die Zentrumspresse, die sich nicht genug zu tun weiß in sittlicher Entrüstung über die freiden Sozialdemokratischen Angriffe auf die „absolute Unparteilichkeit“ der deutschen Justiz. Da ist es denn nicht uninteressant, gelegentlich zu konstatieren, daß auch Zentrumspresse in der Beurteilung dieser deutschen Justiz unter Umständen sehr scharfe Worte fassen können — scharfere Worte sogar, als man sie in irgend einem sozialdemokratischen Blatte finden wird. Heute können wir ein neues Beispiel dafür registrieren. Bei einem in Wuppertal bei Berlin kürzlich gefeierten Gastmahl der Zentrumsjournalisten äußerte sich nach dem Bericht der ultimatimantenen händlichen Volkszeitung der Zentrumsjournalisten ordnete Rechtsanwalt Eduard Müller in Koblenz in einem Rückblick auf den Kulturkampf über die Rechtsprechung rheinischer Richter wie folgt:

„In der Verfolgung der Priester, Verfolgung der katholischen Presse, Verfolgung des katholischen Volkes, das treu zu seinen Priestern hielt und nur wiederholt einmal feiner Empörung Luft machte, oder die aus dem Gefängnis heimkehrenden Priester feilich Empörung, folgte Schlag auf Schlag. Viele Jahre hindurch ist nicht eine Woche vergangen, wo ich selber nicht in einem, sondern in mehreren solcher Fälle als Verteidiger vor Gericht fungieren mußte. Ich habe es miterlebt, daß die Justiz ihres hehren Berufes nicht mehr, einmündig war, daß sie selbst die Wiedereinbringenden Augen geschlossen und die

Richter feil-Knechte der Staatsregierung geworden waren.“

So urteilt ein juristisch gebildeter Zentrumsführer über deutsche Richter, wenn deren Urteile sich einmal gegen das Zentrum richten. Heute allerdings, nachdem das Zentrum Regierungspartei geworden ist, hat es sich über schlechte Behandlung durch die deutsche Justiz längst nicht mehr zu beklagen. . .

Deutsches Reich.

— Eine Reichstagsmaßnahme wird außer in Düsseldorf wahrscheinlich auch in Köln-Land in diesem Jahre noch stattgefunden haben. Nach einer Meldung der liberalen Südwest-Zeitung wird der Zentrumsjournalisten Postsekretär G. Mecher in Berlin vom 1. August ab als Oberpostsekretär nach Gütersloh versetzt. Auf Grund des Artikels 21 der Reichsverfassung erlischt mit der Beförderung im Staatsdienst das Mandat. — G. Mecher ist 1907 in Köln-Land mit 27 910 gegen 17 810 sozialdemokratische und 7880 liberale Stimmen gewählt worden. Das Zentrum hat diesen Wahlkreis seit 1871 immer im ersten Wahlgang geholt.

— Schwarzbauer Bruberswit. Das konservative Parteiblatt der Reichspresse, die Reichspresse, teilt sich am Zentrum, das seine Parteilichkeit als „amerikanische Gesetzgebung“ durch den Grafen Schönerbach mit der Drohung beantwortete, das Verhältnis zwischen Zentrum und Konservativen gesehene zu wollen. Darauf antwortet der Reichspost:

„Zu welcher anderen Partei will das Zentrum sich denn halten? Es muß sich der konservativen Partei nähern, wenn es überhaupt etwas leisten will. Die konservative Partei braucht das Zentrum nicht nachzulassen und hat das auch nie getan, weil sie sich der Beschränkung und Gefährlichkeit des Zentrums für die nationalen Interessen bewußt ist, aber sie nimmt die Hilfe des Zentrums gern an, wenn es sich um staatsnotwendige Dinge handelt.“

Man darf das hier zum Ausdruck kommende Geplänkel zwischen Konservativen und Zentrum politisch nicht zu bedeutungsvoll einschätzen; der Reichspost ist zwar konservativ, geht aber oft seine eigenen Wege und kann jedenfalls nicht als Organ der offiziellen konservativen Kreise angesehen werden. Herr v. Heydebrand wird sich hüten, in dieser unerblickten Weise mit dem Zentrum zu reden.

— Die Abfertigung vom Hansabund geht weiter. Wie zu erwarten ist, die Schmerzindustrie des Gesetzgebeters dem Beispiel der niederländischen-amerikanischen Arbeitsgruppen gefolgt und hat ihren Austritt aus dem Hansabund beschlossen. — Wie die Abfertigungen verfahren lassen, beabsichtigen sie nicht gegen den Hansabund zu agitieren, sondern wollen mehr eine Politik der „mittleren Linie“ treiben. Wer die Herrschaften kennt, weiß, was man darunter zu verstehen hat.

Frankreich.

Der radikale Waff der Reaktion.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die radikalen Wahlrechtsfeinde hatten, um ihre enghäufige Niederlage hinauszuwickeln, zu verfahren, wenn möglich, zu verhindern, alle Mienen bringen lassen. In ihrer Verzweiflung beschließen sie auf die barocke Idee, den „Waff“ wieder aufzuheben zu lassen. Der Waff funktionierte bekanntlich von 1898 bis 1905 „zur Vereinfachung der Republik“. Alle fortschrittlichen und antikerhalten, republikanischen Parteien, die jaureiliche Fraktion der damals noch nicht gemieteten sozialistischen Partei inbegriffen, waren in ihr vertreten. Der neue „Waff“ soll aber nicht dem Fortschritt, sondern dem Rücktritt dienen, die Wahlreform hintertreiben.

Herr Caillaux erklärte in der Kammer, daß die Regierung, wie das Ministerium Monis, die Gesetzgebung der Wahlrechtskommission als Diskussionsbasis annehme, aber die Wahlreform nur mit dem in seiner Mehrheit mehrreformfeindlichen Waff machen wolle. Das heißt, die Wahlreform dem Wünschen der Wahlreformfeinde anpassen. Es fragt sich nur, was die Kammermehrheit dazu leisten wird.

Weniger weitwiegend war Herr Caillaux bezüglich der Eisenbahner. Die Regierung will zunächst Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sabotage, als ein Ausnahmemaßregel und „gegen das Verhalten von Waff, das die Interessen und die Sicherheit des Publikums gefährden können“ vorschlagen. Also, wenn man recht versteht. — Herr Caillaux war nicht dazu zu bringen, seine Erklärung zu kommentieren, — die Regierung will das Streikrecht der Eisenbahner beschneiden, oder beseitigen. Nachher will die Regierung auch etwas für die Eisenbahner tun. Von den Waff gegen die Eisenbahn-Gesellschaften ist keine Rede mehr.

Die Debatte war sehr lebhaft. Außer unseren Genossen Bedoun und Brisson sprachen eine Reihe bürgerlicher Redner. Zum Schluß kam Genosse Faures an die Reihe, der in einer glänzenden und für das Ministerium verdienstlichen Rede die Situation beleuchtete. „Seien Sie nur ruhig“, sagte Genosse Faures zu den Progressisten, „wenn man die jetzt von der republikanischen Mehrheit ausbleibt; wenn es gelten wird, soziale Unterdrückungsmaßregeln zu votieren, wird man an Ihre Unterstützung appellieren. Ich fordere die Regierung heraus, die Sie in der Wahlreform nicht gelten lassen will, zu erklären, daß die Ihre Verum als unzulässig betrachten wird, wenn sie die beabsichtigten

Unterdrückungsmaßregeln der Kammer unterbreiten wird. Die Regierung, die sich stark glaubt, ist in Wahrheit eine kraftlose Regierung, weil sie sich zum Verteidiger einer verlorenen Sache macht.“

Herr Caillaux hätte sich wohl, auf diese Ausführungen, die die große Mehrheit der Kammer mit Beifallklängen begleitete, etwas zu erwidern. Er hätte sonst das Gebiet der eleganten Zweibeinigkeiten verlassen und offen Stellung nehmen müssen. Die Kammer hat nichtsdestoweniger mit 367 gegen 173 Stimmen die Erklärung der Regierung gebilligt. Aber das ist Tradition. In der Wahlreform wird die Regierung „ihre“ Mehrheit aufgeben müssen, wenn diese nicht vorzieht, sich selbst aufzugeben. Der Waff ist Reaktion. Aber weder die Regierung noch die Radikalen werden daraus Nutzen ziehen. Mit ihren Verjährungen vertrauen sie zunächst sich selbst.

Cürkel.

Krieg mit Montenegro in Sicht?

Das Kriegsgeheimnis der Türkei steigt. Die Presse unter dem Einfluß der Militärpartei fordert, die unerhörten Demandsforderungen Montenegros nicht länger zu dulden und ein Ultimatum zu stellen. Im Offizierskorps glaubt man an einen Krieg mit Rußland. Die Worte trifft alle Vorbereitungen zum Krieg. Hofft aber noch, das Heuwerk zu vermeiden. General Zengoul, obwohl seit drei Tagen von Wallisien weitend angegriffen, erhält den Befehl, in der Defensive zu bleiben. Man hält die Überführung des türkischen Genesanten in Cetinje für bevorstehend. Täglich gehen neue Truppen und Geschütze nach Albanien und dem Jemen.

Die Mobilisierung der Heise wird im ganzen Lande fortgesetzt, dieselben sind teils für Albanien, teils für den Jemen bestimmt.

Hus der Partei.

Ein neuer Mitstreiter.

In Freiburg i. Br. ist am Mittwoch die Probenummer der neugegründeten Freiburger Volksmacht in 4000 Exemplaren verbreitet worden. Das neue Parteiblatt für das badische Oberland tritt unter der geistlichen Voraussetzungen ins Leben. Als Redakteur und leitender Redakteur ist Anton Weismann, als Redakteur für den letzten Teil Genosse Reinhard Zumtobel an der Volksmacht tätig.

Wahlprognose.

Genosse Barb, der verantwortliche Redakteur der Norddeutschen Volksstimme in Bremen, wurde wegen angeblicher Beleidigung des Gemeindevorstandes in Schiffdorf, Kreis Westermünde, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Ein weiterer Genosse, Mitglied der Schiffdorfer Gemeindevorstellung, erhielt 100 M. Geldstrafe. Drei weitere Genossen wurden freigesprochen. Die Beleidigung wurde gefunden in einem polemisch gehaltenen Verammlungsbericht aus der Zeit der Schiffdorfer Gemeindevorstellung im vorigen Herbst. Gegen das sachlich und formell ganz unverständliche Urteil wird Berufung eingelegt.

Wegen angeblicher Beleidigung der Direktion der Leipziger Straßenbahn wurden die Genossen Herr und Keimling von der Leipziger Volkszeitung sowie der Vertrauensmann der Transportarbeiter in Leipzig zu je 150 M. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in zwei von der Bahnhalle Leipzig des Transportarbeiter-Verbandes aus Anlaß einer Straßenbahnbewegung in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten Artikel gefunden.

Staatsgefährliche Dochnur.

Vor sechs Wochen fand im Anstalt an eine Verammlung in Braunschweig eine kleine Straßenbewegung statt, bei der auch Dochnur auf das Waffrecht ausgetradet wurden. Die Polizei griff drei junge Leute aus der Waff heraus und schickte jeden einen Strafbescheid über drei Tage Haft. Auf beantragte richterliche Entscheidung setzte das Gericht die Strafe auf je 15 M. herab, obwohl ein schlüssiger Beweis, daß die jungen Leute die Dochnur waren, nicht zu erbringen war. In der Urteilsbegündung heißt es: „daß es gleichwohl schon zur Verfassung genüge, wenn man den vorhandenen Lärm vermehre, ohne dessen Urheber zu sein.“ — Ob diese Auslegung auch für ärmende und fanalisierende Studenten usw. gilt?

Wahlergebnisse.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Wahlkreis	1. Juli	2. Juli	Stimmen	Stimmen
Artern, Thüringen	+0,35	+0,35	—	—
Neub., Oberpegel	+1,40	+1,88	0,02	—
„ Unterpegel	+1,22	+1,20	0,02	—
Weisenfels, Oberpa.	+2,36	+2,36	—	—
„ Unterpa.	-0,26	-0,40	0,14	—
Trottha	+1,34	+1,30	0,04	—
Wilsleben, Oberpegel	+0,81	+0,82	0,02	—
„ Unterpegel	+0,81	+0,82	0,02	—
Bernburg	+0,40	+0,40	—	—
Kalbe, Oberpegel	+1,36	+1,45	-0,09	—
„ Unterpegel	-0,07	-0,08	0,01	—

Wahlkreis	1. Juli	2. Juli	Stimmen	Stimmen
Dresden	-1,90	-1,83	-0,07	—
Zorgau	+0,04	+0,09	0,05	—
Wittenberg	+0,97	+0,94	0,03	—
Köslau	+0,35	+0,31	0,04	—
Barby	+0,49	+0,43	0,06	—
Magdeburg	+0,98	+0,90	0,08	—

Man muss die Schaufenster sehen!

Kostüme in allen Stoffarten, Mäntel u. Paletots, Kleider für jeden Zweck,

Röcke, schwarz, engl., blau etc., Blusen in Seide, Wolle, Tüll, Batist etc.

Nur neue Sachen zu Spottpreisen!

Loewendahl's „Grosser Saison-Ausverkauf“

Wie Millionen „gemacht“ werden.

Aus Neuhort schreibt man uns:

Von mehr als einer hervorragenden Stelle aus leuchtet die amerikanische Demagogie garzelt hinter die Kulissen der Welt, in der Millionen „gemacht“ werden ohne daß die beteiligten Genossen (soviel Gegenwert produzieren, wie unter einen Fingernagel geht. Vor dem Trust-Untersuchungskomitee des Bundesparlamentes zu Washington hat erst kürzlich der „Finanzmann“ Gates erzählt, wie die Gründer des Stahltrusts, zu denen er selber gehörte, eine runde Million Dollar anfänglich rein fiktiven Kapitals — sogenannte Wasseraktien — hineingehandelt gemacht haben, und der Vorsitzende der Trust-Gesellschaft selber, Ex-Minister Gary, bezeugte vor demselben Ausschuss, daß die Bankiers J. P. Morgan u. Komp. dafür, daß sie die Finanzierung des Trusts hienormal, der Kleinigkeit von 120 Millionen Dollar erhalten haben, lieber eine halbe Milliarde in deutschen Reichsmark für so gut wie gar keine Arbeit und — wohlgenutzt — so gut wie gar keinen Ausgaben! Der arme Bahnarbeiter, jeder Arbeiter und Handwerker, der mit einem Stahlhandwerkzeug hantiert, mußte und muß heute zur Vergütung dieser Morgan'schen Millionen beitragen. Der schon vor einigen Jahren in Sünden dahingefahrte Judenkönig Jacob Meyer hat, wie das *Journal of Commerce* vor dem sogenannten Kongreßkomitee ergab, bei der Etablierung des Juckertrusts auf ähnliche Weise 100 000 000 Dollar „gemacht“, wozu er seinen ersten Finanzagenten James Wolf, dem jetzigen Präsidenten des Trusts, das beträchtliche Ertragsloos von 500 000 Dollar über 2 000 000 deutscher Reichsmark) zahlte. ... Damit nicht genug, hat der Trust, wie der besagte beruhtete und inzigelnde begnadigte Trust-Superintendent Oliver Spiz, vor dem Parlamentsauschuss befandete, die Regierung bereits seit dem Jahre 1885 durch Benutzung falscher Bogen festschriebener Einnahme ein Fülle im Gelambetrage von mehreren hundert Millionen Dollar betrogen, und zwar gemäß der direkten Anweisungen Gubernators.

Faß gleichzeitig mit der Trust-Enquete des Kongresses, auf deren Fortgang man gespannt sein kann, kommt eine Veröffentlichung des Political Science Quarterly, worin William G. Ripley das Publikum über die Ergebnisse einer Untersuchung der Bundes-Referenzkommission über eine General-gaunerei des verstorbenen „Eisenbahnkönigs“ Harriman informiert. Es handelt sich hierbei um die „Erwerbung“ der Chicago- und Alton-Bahn durch Harriman und Konsorten im Jahre 1888. Die Bahn befand sich bei jener Zeit in proleptischem Zustand. Bei einer Altona von 39 000 000 Dollar machte sie 8 Prozent Dividende zahlen. Es war, wie man in Deutschland sagt, eine Schatzgrube, und die Harriman-Gruppe wollte sie als solche zu fischen. Sie begann die Aktien der Bahn, die 50 bis 100 Prozent über pari standen, zum höchsten Marktpreise anzukaufen, um das Unternehmen schließlich, nachdem sie die Mehrheit der Papiertitel an sich gebracht hatte, zu „reorganisieren“. Es wurde ein Syndikat gebildet, das natürlich zu Kapitalerhöhungen schritt und diese rüftig und ohne Ermatten jeden Jahre lang fortsetzte. Schließlich betrug das Kapital des Bahndamms 114 600 000 Dollar. Für den Ausbau der Bahn und Ergänzung des Materials wurden während dieser Zeit nur 18 Millionen ausgegeben, und für mehr als die Hälfte des Kapitals nämlich für 68 000 000 Dollar, war absolut keine tatsächliche Deduktion vorhanden. Das Kapital würde einen Wert von 68 000 000 Dollar per Bahnmeile ergeben haben, bedeutend mehr, als irgend eine Bahnstrecke der Welt auf die Weite wert ist.

Die Ausgabe von vierzig Millionen in dreiprozentigen Schuldverschreibungen war der erste strategische Zug in diesem gaunerißen Finanzmanöver. Damit sollten angeblich ausstehende Verpflichtungen eingelöst werden. Den Gründern wurden diese Vorschüsse zum Kurse von 65 Prozent abgekauft. Die Syndikatsmitglieder hatten keine Schwierigkeit, die Dinge auf dem offenen Markte zum Kurse von 82 bis 94 Prozent loszuwerden. Der Profit betrug 32 Millionen Dollar, wozu sich noch eine halbe Million aus dieser Transaktion zu Verbesse-rungen der Bahnlage und des Bahnbetriebes verwendet werden mußten, aber die smarten Gründer steckten das Geld natürlich einfach in die Tasche. Es wurde jetzt das Dividende von 30 Prozent erklärt, die natürlich aus dem wirklich vorhandenen Fonds von rund 40 000 000 Dollar genommen werden mußte, und der Löwenanteil fiel den Syndikatsmitgliedern zu. Den Aufsichtungs-Experten Harrimans fiel die Aufgabe zu, die ganze Manipulation plausibel erscheinen zu lassen, was für diese Leute kein Kunststück ist, denn die Bücher sind ja dazu erfunden, die Geschäfte zu verklären, und man braucht zu diesem Zwecke nur Referendons, Ausstellungen von Verdienstscheinen, Raport-Zahlungen und dergleichen kunstgerecht durcheinander zu schießen. Der nächste Schritt war nun die Gründung einer neuen Gesellschaft, mit den Syndikats-Konkurrenzen als „Incorporatoren“. Die neue Gesellschaft übernahm die Vorkausgattien der alten, die nicht ganz 7 Millionen gekostet und eine spezielle Dividende von 30 Prozent gebracht hatten, zum Preise von zehn Millionen in Bar, und für die 183 224 neuen Aktien der ursprünglichen Chicago- und Alton-Bahn, deren Gesamtwert sich auf 32 Millionen Dollar belief und worauf 5 1/2 Millionen Dollar Dividende gezahlt worden waren, gab die neugebildete Bahngesellschaft 390 318 Stück ihrer eigenen Aktien. Zu drei Vierteln wurden diese der Familie der Rock-Island-Komp. angehängt, der Rest fand bei der Union-Pacific-Bahn willige Abnahme. Diese beiden Bahnen, die für die Papiertitel der neuen Bahngesellschaft exorbitante Preise zahlten, gehörten selbstredend zu den von Harriman „Incorporierten“ Unternehmungen. Die neugegründete Gesellschaft mußte nun aber, um ihren Verpflichtungen gegenüber dem Syndikat gerecht zu werden, 12 000 000 Dollar in Bar aufbringen, was dadurch geschah, daß sie die Aktien der eben genannten alten Bahn für 22 Millionen Dollar verpfiandete. Diese neuen Vorschüsse übernahm dann das Syndikat zum Kurse von 60 Prozent, der Börsenpreis betrug 78 bis 86. Was die Syndikatskette hierbei verdient haben, ist nie bekannt geworden. Von allen diesen Transaktionen ist nun aber in den Büchern der Chicago- und Alton-Bahn nichts zu finden! Der Vobler selber ist von den „verdienten“ Millionen kaum das geringste zugute gekommen. Sie müßte, um die notwendigen Wagen-anforderungen zu ermöglichen, abermals neue Vorschüsse ausgeben, was der Vorgang dieser: Unrechtmäßige Verpfändung des Kapitals mit einem Syndikatsprofit von 23 600 000

Dollar, der reiflos von den kapitalistischen Eisenbahnräubern eingefischt wurde; Vorschüsse auf lächerlich niedrigem Preise, darauf eine dreifachprozentige Extra-Dividende, dann Barverkauf der Aktien zu höchsten Preisen an die neugegründete Kompanie, Barverkauf der geschäftlichen Aktien zu ebenfalls maßlosen Preisen an jene anderen, von Harriman beehrlichten Bahnen; danach Vorkauf einer großen Vorschussgabe an die Syndikats-Interessenten zu äußerst niedrigem Preise und schließlich ein entprechend hoher Profit beim Verkauf auf dem Markt und eine Extra-Räume von 100 000 Dollar an das Genie, das dieses ganze gauneriße Spiel der höheren Finanz-tünnele eingeleitet hatte. ... Und die Harrimänner leben noch.

Deutscher Gewerkschafts-Kongreß.

Der letzte Verhandlungstag

galt vornehmlich der Besprechung des Bildungs- und Bibliothekswesens in den Gewerkschaften.

Bei Eröffnung der Sitzung wurde bekannt gegeben, daß aus mehreren Berliner Druckereien gleichlautende Zuschriften an den Kongreß gelangten, in denen angefragt wird, wie sich der Gewerkschaftskongreß zu dem vom Karlsruher im Buchdrucker in Baden des Konflikts der Maschinenmeister stellen möchte. Der Kongreß lehnt es durch Zustimmung zu einer Erklärung ab, sich in die Sache des Buchdruckerverbandes einzumischen; jedoch hätten sich die Organisationsinstanzen des Buchdruckerverbandes damit zu befassen.

In seinem Referat über die Bildungs- und Bibliothekswesen stellt Sallendorf eine Reihe beachtliche Vorschläge für Bibliothekare und Bildungsanstalten auf. Die fortschreitende Arbeiterbewegung verlange in freierem Maße die nötigen Kräfte, weshalb für Ausbildung der Mitglieder Sorge getragen werden müsse. Referat empfiehlt einer Zentralisation der verschiedenen Bibliotheken am Orte und die Ausgestaltung der Literaturbeilage des Korrespondenzblattes als Stütze für Bibliotheken. Neben Buchbesprechungen sollten auch technische Anzeigen für die Bibliothekare gegeben werden. In der Diskussion, in der auch Genosse Heinrich Schulz vom Bildungsausschuß sprach, werden die Ausführungen des Referenten unterlieft.

Es erfolgt die Wahl der Generalkommission. Die bisherigen Mitglieder der Generalkommission: Reien, Silber-schmidt, Bauer, Kube, Robert Schmidt, Cohen, Seiffenbach, Hübsch, Sobott, Schumann, Knoll und Döblin werden in der hier angelegenen Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen gewählt. Zwischen dem 13. der Generalkommission bisher angehörigen Mitglieder Drunzel und dem Genossen Sacke muß eine Stichwahl stattfinden, da keiner von beiden die absolute Majorität erhält; Sacke wird schließlich gewählt.

Eine Resolution des Tabakarbeiter-Verbandes gelangt hierauf zur Annahme, die auffordert, Zigarren nur von tarif-treuen Firmen zu kaufen, und die Tabakarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Schluß hielt das Schlusswort. Vorweg erlatet Schluß den Rednerm Dank ab, für die wohlgeordneten Arrangements; besonders die Ehrfurcht würde die Redner den auf sie entfallenden Stimmen dankbar. Die Verhandlungen sind mit dem Schluß des Tages beendet. Die Arbeitervereine der Gildstädte mit ihren Arrangements gezeigt hätten, daß Führer und Massen ein seien. Und lebhaft Zustimmung erlief Schluß Auforderung, die Arbeiter Preußens in ihrem Wahlkampfe zu unterstützen. Mit diesem Dank an die freien Gewerkschaften, in das die Delegierten begeistert einstimmten, wurde der Kongreß geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Die Kruppischen Arbeiter werden „auffällig“.

Unter den Arbeitern des Kruppischen Werkes in Essen, die durch allerlei „Vorbereitungen“ täglich zum und geübt gemacht wurden, fängt es jetzt auch an zu rumoren. Aus Essen wird gemeldet:

In einer von etwa 12 000 Personen besuchten Versammlung unter freiem Himmel protestierten die Kruppischen Arbeiter gegen die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen an den Kruppischen Werken. Sie fordern eine durchgehende Lohn- und Arbeitszeit, Bekämpfung der Arbeitszeit, Regelung der Akkordarbeit und Einhebung eines aus gleichen, geheimen, direkten Wahlen hervorgegangenen Arbeitsausschusses.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die Bäckereinung in Eilingen (Württemberg) wurde durch den von der organisierten Arbeiterchaft über die Bäckereien, die nicht bewilligten, verhängten Boykott veranlaßt, mit dem Zentralverband der Bäder und Konditoren einen dreijährigen Tarifvertrag abzuschließen. Der Tarif erstreckt sich auf 68 Bäckereien mit 57 Gehilfen.

Die Hainberger Metallspielwaren-Arbeiter sind am Freitag in eine Lohnbewegung einmündeten. Ihre Forderungen sind: 55 Stunden Arbeitszeit pro Woche, ein Mindestlohn für männliche Arbeiter von 33 bis 50 Pf., für Arbeiterinnen 20 bis 28 Pf. und Regelung des Akkordwesens. In Betracht kommen rund 2850 Personen, von denen 2580 im Metallarbeiterverband und 200 in anderen freien Organisationen organisiert sind. Die christlichen Arbeiter kommen bei der Lohnbewegung mit sechs männlichen und zwei weiblichen Personen in Frage.

Streik auf den Rhein- und Maindampfern. Auf sämtlichen Rhein- und Maindampfern, die in Mainz und Frankfurt a. M. beheimatet sind, hat am Sonnabend das Rheinf- und Maindampferpersonal die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um Lohnforderungen.

Der Streik der Steinhauber und Steinarbeiter in Mainz hat eine weitere Ausdehnung genommen. In einer Reihe hiesiger Betriebe, die in Mainz sind, haben sich die Arbeiter an dem Streik angeschlossen.

Die Geraer Unternehmer des Lithographen- und Steindruckgewerbes, bei denen die Forderung einer einheitlichen, machen große Anstrengungen, Größtärkte zu erlangen. Ein Lithographenschulausschuß tritt als Agent. Die Kollegen werden gebeten, seine Stellung in Gera anzunehmen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 3. Juli 1911.

Defestliche Frauenversammlung im Volkspark. Am Montag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkspark eine öffentliche Versammlung statt. Die Genossin Frau Kaufmann-Berlin spricht über das Thema: Welches Interesse haben die Frauen an der Politik. Arbeiterinnen und Arbeiter, werbt fleißig für einen starken Besuch dieser Versammlung.

Sähtige Auswüchse im Metzgerstift.

An die Worte seines: Doch es will mich nicht bedürken ... wurde man erinnert durch eine Privatangelegenheit, die der praktische Arzt Dr. P. a. l. gegen den praktischen Arzt Dr. P. o. e. n. a. v. o. r. den hiesigen Schwurgericht abhängig gemacht hatte. Die Sache bot insofern ein öffentliches Interesse, weil sie den rüch-sichtlosen Kampf der „treibenden Ärzte“ und auch das Verhalten der „Arbeitswilligen“ recht drastisch illustriert. Was unter den Arbeitern im Lohnkampf mit einem „groben“ Schimpfwort, oder auch mit einem Faustschlag ausgelöst wird, das wird bei den „Geheilten“ unter den gefährlichsten Manieren ausgetragen. Der Unterschied ist nur der, daß die Arbeiter in ihrer „groben Ehrlichkeit“ auf die Anklagekommen und die Geheilten vermöge ihrer Intelligenz meistens mit einem blauen Auge davonkommen. Der zur Anklage stehende Sachverhalt ist folgender: Am 3. November v. J., als die Wogen im Kampf zwischen den Ärzten und den Kassen ziemlich hoch gingen, erließ Dr. Paul (Streitender) in der Wohnung des Dr. Lorenz (Arbeitswilliger), um diesen zu einer Arbeitsniederlegung zu bewegen. Der Kollege Lorenz, dem Mittel geboten wurde, ging auf die Arbeitsniederlegung nicht ein, wodurch Kollege Paul etwas erregt wurde und erklärt haben soll, der Streit würde nicht mehr lange dauern; die Beiträge der arbeitwilligen Ärzte würden wohl im Januar für ungültig erklärt werden. Bei dieser Unterredung soll dann Dr. Paul gegen den hiesigen Mandanten Franz Thier schwere Beleidigungen ausgesprochen, ihn der Unge-ziegen haben usw. Er will aber die Beleidigungen gegen Thier nur unter Distinktion, Handschlag und Ehrenwort getan haben. Dr. Lorenz bestritt dies allerdings. Die Unterredung wurde nicht beendet und Dr. Lorenz, der erklärte, sich über die Un-schuldigungen gegen Thier erst informieren zu müssen, hat seinen Kollegen Paul, am Abend des 5. November um 8 Uhr wiederzukommen. Dr. Lorenz setzte sich mit dem Mandanten Thier in Verbindung und „das Schicksal wollte es“, daß zu diesem Zeitpunkt, zu dem Dr. Paul bestritt war, auch die Herren Thier und der zweite Vorsitzende der Krankenkasse, Gelsigheimermeister Eberwein, zu einer Besprechung in die Wohnung des Dr. Lorenz geladen waren.

Der Abend des 5. November kam, und die Herren Thier, Eberwein, Lorenz und dessen Gattin saßen im Speisezimmer und „berieten“. Da gegen 8 Uhr, kam auch Dr. Paul, der von Dr. Lorenz empfangen und in das Speisezimmer geführt wurde. Der „Arbeitswillige“ hatte keine Meinung, wer sich in dicht danebenliegenden Speisezimmer befand und Dr. Lorenz hatte es auch nicht für nötig befunden, dem Anstimmung davon Mitteilung zu machen. Herr Paul schickte dann wieder sein Wort aus über Herrn Thier und sagte manches, was er nicht beantworten konnte. Da auf einmal öffnete Dr. Lorenz die Tür des Nebenzimmers und hereintrat — Mandant Thier. Es gab eine sehr erregte Szene, deren Einzelheiten durch die Weisenaufnahme nicht so recht aufgeklärt werden konnten. Dr. Paul wurde aufgefordert, auf der Stelle zu reorganisieren; er tat das nicht. Es fiel der Ausdruck Lump und fluchtartig soll der Unglückliche dann davonlaufen sein. Dr. Lorenz soll bei der Unterredung die Worte: Schwinebande, dreifache und eilige Gesellschaft gebraucht haben. Nicht bloß durch jene Worte, sondern auch dadurch, daß er von Dr. Lorenz zum Besprechen in eine Halle gelockt worden sei, fühlte Dr. Paul sich beleidigt. Dr. Lorenz bestritt die ihm zur Last gelegten Schimpflichkeiten und behauptete, daß er nicht in der Halle, die Herr Thier und Eberwein zum Abend des 5. November zum Zwecke des Abendens in jener Wohnung bestellt zu haben. Man habe nur geschäftliche Angelegenheiten besprochen wollen. Distinktion über den Fall Thier habe er Dr. Paul nicht versprochen. Dr. Paul behauptet das Gegenteil und sagt, er sei mit Niederträchtigkeit in eine Halle gelockt worden.

Die Weisenaufnahme gestaltete sich teilweise sehr erregt. Dr. Lorenz sollte dem mit ihm befreundeten Dr. Bed mitgeteilt haben, er habe den Dr. Paul am erwähnten Abend beleidigt. Zeuge Dr. Bed stellte dies eisdlich in Abrede. Er habe nicht leicht mit Mandant Thier über den Vorgang nebenlässlich gesprochen, aber von den angebliden Schimpflichkeiten keine Kenntnis gehabt. Gehört habe ihm das zum des Dr. Lorenz nicht. — Apotheker Heise befindet aber eisdlich, Dr. Bed habe ihm einige Tage nach dem erwähnten Geschehnis im Hotel Wettiner Hof erzählt, Dr. Lorenz habe in Beziehung auf Dr. Paul die Worte Schwinebande und dreifache Gesellschaft gebraucht. Eingeleitet habe Dr. Bed das Gespräch mit den Worten: „Wissen Sie schon das Besondere von Dr. Lorenz?“ Lorenz habe dem Dr. Paul geschimpft und letzterer habe „Seine Gemacht“ Zeuge Dr. Bed sagt, Zeuge Apotheker Heise sei ihm feindlich gegenüber, da er dessen Apotheken seine Rezepte mehr übernehme. Er schickte jetzt seine Patienten nach der Baisenhauptpostkoffe und dies habe Herr Heise als eine Gemeinheit bezeichnet. Dr. Pauls Verteidiger erklärt später, es sei sehr auffällig, daß Herr Dr. Bed in der Verhandlung das Gedächtnis verlassen habe. Es sei bedauerlich, daß er in öffentlicher Verhandlung darauf hinweisen müßte, daß Herr Heise früher dem Dr. Bed Geld geliehen habe.

Zeuge Mandant Thier teilt bei seiner Vernehmung mit, die hiesigen Ärzte hätten verurteilt, neun Ärzte der Halle zum Kontraktbuch zu verurteilen. Die Besuche der dienstverrichtenden Krankenkassen hätten sich notwendig gefügt, daß die Kassen schließlich Notizen ausstellen. Die Notizen wurden dann von den „Streitenden“ als Streifpfeifen bezeichnet. Auch Dr. Lorenz hätte von Dr. Paul zum Kontraktbuch verurteilt werden sollen. Daß er, Zeuge Thier, und Herr Eberwein am betreffenden Abend, nur um zu sprechen, in Dr. Lorenz' Wohnung bestellt worden seien, das könne er nicht annehmen. Mandant Thier meint, er habe so das Gefühl, als wenn Dr. Lorenz damals Angst um seine Ehre gehabt habe und durch die Unterredung bei dem Versuch aufklärung schaffen

Walders Paul Kübler. Seite 20, welches mit rotem Fleck, blauer Schärze, schwarzen Schürzen und gelben Strümpfen bekleidet war, vermischt. Das Kind hat blonde kurze Haare und 16 Zähne, es ist gesund entwickelt und kann etwas sprechen. Es erscheint nicht ungewöhnlich, daß das Kind in die Herberlecke gefallen ist. Veronen, welche über den Verbleib des Kindes, aber die Auffindung des Kindes irgend etwas bestimmen können, werden gebeten, sofort Mitteilung zu machen.

Der bewußtlose "Häufel" entlaufen. Als ein Oberwächter der Wache und Schließgesellschaft in der verlassenen Nacht eine Fahrt in der Passivierstraße verließ, fand er in dem Grundstück drei Kinder vor, die sich eingeschlichen hatten. Da sich die Mädel durch ihre Kleider über Namen und Herkunft verständig machen, führte er sie zur Polizeiwache, wo sie nach anfänglichen Beugnen eingelassen, daß sie aus einer Vorkostenstadt entlaufen waren.

Unfall auf der Straße. Am Sonntagabend wollte in der Merseburgerstraße ein angetrunkenen Mann über den Fahrdamm gehen, als gerade ein Wagen der elektrischen Straßenbahn daher kam. Der Mann hörte das Klingeln und riefen des Wagensführers nicht, doch gelang es diesem noch, den Wagen lo zu stoppen, daß der Angerunne nicht überfahren, sondern nur ungeworfen wurde. Schod hat der Verunglückte dabei recht erhebliche blutende Verletzungen am Kopfe erlitten, so daß er mit dem Krankenautomobil in die Klinik gebracht werden mußte.

Diebst. Automobilunfall. In der Berlinerstraße stieß hier ein Automobil mit solcher Gewalt gegen einen Mann, daß der Hinterteil des Autos total zertrümmert wurde. Der Chauffeur wurde herausgeschleudert und blieb schwerverletzt auf der Straße liegen; er wurde von einem andern, zufällig vorbeifahrenden Auto nach der Klinik gebracht.

Aus den Gerichtssälen.

Kriegsgericht der 8. Division.

Ein Angestellter. Der Arbeiter Hermann Sch. von der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 153 in Altenburg war freiwillig in den Militärdienst getreten und am 3. Januar d. J. aus nicht für liegenden Gründen entlassen. Bei seiner Entlassung nahm er ein Paar Säbel seines Kompaniechefs mit. Der Hauptmann nahm zunächst Anstand zu einem Strohbiemen und traf dort mit Handwerksburschen zusammen, die ihm sein Geld und einige Sachen unter dem Vorwand abnahmen, sie würden ihm dafür Abwischen verschaffen. Die Handwerksburschen setzten aber nicht wieder zurück und so mußte der Mann zwei Tage ohne Nahrung im Strohbiemen verweilen. Am 5. Januar wurde er dort von einem Handwirt verhaftet und an allen Offizieren sitzend angeklagt. Er wurde dann wieder nach der Kaserne gebracht. Später beging er durch in der Kaserne einen Selbstmordversuch. Dann erhielt er einen Auftrag, seine Zelle zu reinigen und beging dabei nach eine Gehirnlähmungsverletzung. Er wollte lieber sterben als Dienst tun. Schließlich unterlag man den Unglücklichen auf seinen Geisteszustand und dabei stellte sich heraus, daß er für seine Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden kann. Sein Vater war ein Erzieher; er ist erblieh belastet und gestreckt. Nach einer fünfjährigen Verhandlung erfolgte die Freisprechung des Angeklagten, dem militärische und andere Vergehen zur Last gelegt waren.

Straffammer.

Als ein sehr rabiaten Mensch erwidert sich eines Tages auf dem hiesigen Bahnhöfe der mehrfach wegen Gewalttätigkeitsvergehens verurteilte 36-jährige Arbeiter Stephan Ergorek. Er besaß einen Eisenbahndienst, gab diesem einen heftigen Faustschlag und schickte dem Wirtshaus. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Geschäftswerber.

Viele Männer wissen gar nicht, welche Summe von Arbeit zur Führung des Haushautes und zu seiner Instandhaltung erforderlich ist. Neben der Zubereitung der täglichen Mahlzeiten muß es noch gewischt, gewaschen, genäht und gebügelt werden. Bald sind die Fenster wieder zu putzen, bald dies und jenes zu scheuern und zu reinigen. Wer ist nun eigentlich die Kräfte der vielen, schweren Arbeit? Es ist der Schwanz in seinen verschiedenen Graden! Die früher nie eben wollende Arbeit wird aber jetzt durch das neuerliche Scheuern, Waschen und Polieren, Wäsche, bedeutend erschwert und verringert. Dieses für alle Hausreinigungsmittel zu verwendende Universal-Wunder ist in der Tat ein nie verlassender Helfer gegen jeden Schmutz.

Gewerkschaftliches.

Eingekleidet!

Die Norddeutsche Selbsthilfs-Gesellschaft in Königsberg, deren Mitglieder freilich, sich eines Hundert Mitglieder aus Hamburg kommen, die inbesten von solcher Qualität waren, daß selbst die Polizei einschreiten mußte. Die mit Revolvern ausgerüsteten Streikbrecher veranfaßten wiederholt Massenstreiks und bearbeiteten Passanten mit Messern. Hundert wurden deshalb polizeilich abgeholt, 22 verhaftet. Auch auf dem Bahnhof gab es ein förmliches Schnellfeuer, so daß auch da noch eine Anzahl von diesen „nützlichen Elementen“ in Haft genommen werden mußte.

Aus den Nachbarkreisen.

Der Blumentagrummel.

Solange wir in einem Gesellschaftszustande leben, der dem eifigen Fleiß und Luxus gewährt, dem andern Elend und Not, solange sich der Staat der Aufgabe verschließt, auch nur die schärfsten Maßnahmen zu treffen, solange mag es unermesslich erscheinen, daß durch private Wohltätigkeit hier und da einige Linderung geschaffen wird. Und so gewiß auch diese private Tätigkeit den Mitleid für die Schwachen der Gesellschaft unerschütterlich hält, ebenso gewiß kommt es vor, daß diese Hilfsbereitschaft zum Mißbrauch wird, das Herz zu verhärtet gegenüber den Forderungen der sozialen Fürsorge durch den Staat. So ist es auch mit dem jetzt überall abgelaufenen Blumentagen, zu denen wir schon mehrfach Stellung genommen haben.

Auf einen Umstand haben wir dabei besonders hingewiesen: die zum Verkauf bestimmten Blumen werden teilweise in Versteigerung hergestellt, deren Arbeiter und Arbeiterinnen zu den unwürdigsten Bedingungen zu arbeiten gezwungen sind. Interessant hat fast die gesamte Presse zu dieser Frage Stellung genommen und selbst sonst durchaus rentable Blätter haben den Blumentagrummel scharf beurteilt. Und dieser Protest hat zum Teil auch seine Wirkung getan. Die Komitees zum Arrangement von Blumentagen haben nämlich Anregung davongetragen. Freilich hat sich auch das Gegenteil gezeigt. Gibt es doch heute Unternehmer, die mit Strafstrafen von 100 bis zu 1000 Mark, Blumen zu verkaufen, die in der Versteigerung hergestellt sind. Das war nun in Delfisch, wo sich eine andere originale Blumentagsumgebung zeigte, nicht der Fall. Dort hatte ein Komitee die Sache in die Hand genommen und ihre verhältnismäßig günstigen Erfolg erzielt. Die Gesamteinnahme betrug 4029,60 Mark, von der 579,55 Mark für Unkosten (darunter über 300 Mark für Rosenblumen) abgingen, so daß ein Reinertrag von 4050,11 Mark übrig blieb. Bei der Verhandlung darüber, wie diese Summe verteilt werden sollte, war auch angeregt worden, den Betrag von 50 Mark an die Arbeiterinnen in der Versteigerung zu zahlen und wurden dort Erkundigungen eingegeben. Die betreffende Fabrik, die sehr viele Heimarbeiter beschäftigt, erklärte, daß ihre Arbeiterinnen ausreißend bezahlt würden und es auch unmöglich sei, die betr. Arbeiterinnen festzustellen, die die nach hier gelieferten Rosenblumen hergestellt haben. Der Ausschuß hat daher von einer Zuweisung für die Heimarbeiterinnen abgesehen, zumal er den hohen Preis von 2,40 Mark für das Gros Rosenblumen anlegte, während anderwärts fast nur die Hälfte gezahlt wurde und dementsprechend auch die Löhne gerätet waren.

Man muß sich geteilt, daß die Herren vom Delfischer Komitee Gemütsmenschen sind. Sie erlaubten sich bei dem Fabrikanten und dieser erklärt, daß seine Angestellten ausreißend bezahlt würden. Damit gibt sich auch das Komitee vollständig zufrieden, obwohl es wissen muß, daß es keinen Fabrikanten auf dem ganzen Erdenrund antreffen würde, der zögert, daß er seinen Arbeitern zu wenig Lohn bezahlt. Großmützig gab das Komitee dem „arbeiterfreundlichen“ Fabrikanten noch den bescheidenen Betrag von noch einen geringeren Extrabehalt hat. Das soziale Verständnis der Veranlasser der Blumentage ist also keineswegs besonders weit.

her. Diese Herrschaften bilden sich ein, alle soziale Not befähigen zu lösen, haben aber, wenn all ihre Bemühungen einmal einen Teil der Arbeiter befähigen, für den Teil des Volkes aber, der unterliegend werden soll, die Hilfe nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet.

Die Arbeiterkraft wird nicht begreifen, daß die Wunden der sozialen Not durch das Wohlstandespaß nur sehr mühsam verheilt werden und bald wieder aufbrechen. Solche Wunden können erst gründlich operiert und geheilt werden, wenn eine neue Gesellschaftsordnung jedem, der Menschenwürde trägt, Glück, Sonne und Licht verleiht.

Und dem Streikgebiet der Bergarbeiter im Braunkohlegebiet.

Seit drei Wochen kämpfen die hiesigen Bergarbeiter um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auf beiden Seiten ist die heute von einem Nacheben nichts zu spüren. Seitens der Streikenden wird der Kampf ruhig und mit anständigen Mitteln geführt, während auf Seiten der Unternehmer alle Mittel benutzt werden, um in die Reihen der Streikenden Misgunst und Inaktivität zu säen. Das gelingt nun freilich nicht. Die bis jetzt im Kampfe stehenden Bergarbeiter sind davon überzeugt, daß ihre Forderung eine gerechte ist. Kaufende haben die Arbeitgeber zur Befriedigung von Arbeitswilligen hinausgezwungen; jeder Feind ist nutzlos angebracht, denn die Leute ist von der herbeigeflochtenen Kameraden auch nicht ein Mann angefahren. Deshalb ist in den Reihen der Streikenden die beste Zuversicht auf den Sieg.

Um den Mut der Streikenden zu brechen, versucht man die allerhöchsten Mittel. Die Wohnungen der Arbeiter werden ihnen gekündigt, um sie hierdurch ihre zu machen. Sogar eine Witwe, deren Mann sein Lebenlang den Braunkohlebergbau ausüben konnte, wurde von der Wohnung vertrieben, da er jetzt als Strümpel in der Welt herumlaufen muß, ist die Wohnung gekündigt. Sie kann nun über die „Christliche“ Welterdung nachdenken. 23 Jahre hat sie die Werkwohnung inne gehabt, da aber der auf dem Schacht verunglückte Sohn sich etwas Nebenverdienst beim Getreidebauern zu verschaffen sucht, muß jetzt die Witwe hüben. Auch die lieben Arbeitswilligen hielten sich jetzt schon fast genug ihre Hände an Braten zu probieren. Man wird können schon jetzt beraten, daß die Streikenden, die in der ruhigen Weise ihre Forderungen vertreten, sich nicht durch die Gezeiten produzieren lassen. Weiter zu bestehen, und der Sieg muß auf der Seite der Arbeiter sein.

Auch von den Gruben, die sich nicht im Streit befinden, kommt das Gerücht, sich mit am Kampfe beteiligen zu dürfen. Ob also die Streikbewegung noch größere Kreise zieht, bleibt abzuwarten.

Ausperrung von Hilfsarbeitern.

Auf dem Bahnhöfe Günstersdorf, wo die Werkverwaltung wegen Meinungsverschiedenheit über den Arbeitsvertrag 300 Arbeiter ausgesperrt hat, haben die nicht von der Mühsung betroffenen Arbeiter beschlossen, die Kündigung einzureufen, so daß die Stilllegung des Werkes wahrscheinlich ist. Zugun muß streng ferngehalten werden.

Sachschädi. Der Bund der notleidenden Landwirte hielt hier eine politische Versammlung unter freiem Himmel, genannt Sommerfest. In dem Verlauf hieß es, Handwirte erscheint in Massen zu einer wichtigen Kundgebung, damit man sieht, daß der Bund der Landwirte noch zusammenhält. Man warf dem auch herbeigeworfen zu diesem politischen Kongress und hatte wohlwollend die Damen nicht begreifen, denn es sollten sich doch viele, viele aufzumachen. Und die Damen schienen pöbeln, um das Säuslein zu vermehren. Antrieder auf Antrieder wurden gehalten, die alle in ein „Aurra“ ausliefen. Hauptächlich wurde der Dankausdruck vernommen, über den man schimpfte wie die Spaten vom Dache. Aber auch die Sozialdemokratie sollte ihr Teil haben. Ganz besonders wurde der Abgeordnete Hoffmann bedacht. Große Anziehungskraft hatten dabei der Wohlwollende vom Hellort zu besitzen, der einen großen Hochschwall machte. Alles in allem: man wollte Sozialarbeit leisten.



Vim, ein gewaltiger Fortschritt in der Technik des Haushaltwesens.

VIM ist ein vollständig neuzeitliches und neuartiges Scheuer-, Polier- und Putzpulver. Es leistet wunderbare Dienste beim Reinigen und Scheuern von Holzwerk, Marmor, anderem Geschirr, Linoleum, Glas, Stahl, Eisen, Messing, Steinfliesen, Fußböden, Ofenröhren, Epblecken, Maschinen, Badewannen, Automobilen, Pferdegeschirr, Waffen, Militäreffekten usw. Durch die Verwendung von Vim tritt eine vollständige Umwälzung der Arbeitsmethode bei der Hausreinigung ein. Mit Vim erreicht man bei sehr einfacher Anwendung ohne Mühe und Anstrengung in kürzester Zeit die glänzendsten Resultate. Namentlich zum Reinigen von Geschirr vermeide man den Gebrauch von Säuren und kausischer Soda, weil diese für die Gesundheit unzureichend sind. Dagegen enthält VIM keineswegs scharfe oder die Gesundheit schädigende chemische Bestandteile. Es wird hergestellt und in den Handel gebracht von der Sunlight Seifenfabrik, Rheinau (Baden), ist in allen einschlägigen Geschäften erhältlich und kostet die große, praktische und wirtschaftliche Blechseubüchse nur 25 Pfg.

